

Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Amtsblatt für die Königlichen und Städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustadt, Schneeberg, Schwarzenberg und Wildenfels.

Expedition, Druck und Verlag von C. W. Göttsche in Schneeberg.

Nr. 30.

Gezeichnet täglich mit Rücksicht auf
Sonne und Regenlage.
Preis vierjährlich 1 Mark 80 Pfennige.

Dienstag, 6. Februar 1894.

Abonnementgebühren: die gesetzliche Sache
10 Pfennige, die zweitlängste Sache amtl. 12 Pfennige,
Inserate ab 10 Pfennige.

47.
Zeitung.

Die Verwaltungen der Gemeindekrankensicherungen, sowie die Vorstände der Orts- und Betriebskrankensassen im hiesigen Verwaltungsbereiche erhalten Veranlassung, die nach §§ 9 und 41 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1889 in der Fassung vom 10. April 1892 vorgeschriebenen Übersichten und Rechnungsabschlüsse auf

das Kalenderjahr 1893

nach dem von dem Bundesrat beschlossenen, im Centralblatt für das Deutsche Reich auf das Jahr 1892 Seite 671 abgedruckten neuen Formulare aufzustellen und längstens auf das Jahr 1893 Seite 678 abgedruckten neuen Formulare aufzustellen und längstens

bis 31. März 1894

in doppelten Exemplaren anher einzureichen.

Die neuen Formulare werden von R. Tag in Schwarzenberg Schloßstraße vorrätig gehalten und führen die Nummer 275 N.

Schwarzenberg, am 3. Februar 1894.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Fr. v. Wirsing. St.

Donnerstag, den 8. Februar 1894, Nachm. 5 Uhr
sollen im Rathaus zu Neustadt anderwärts gespendete Gegenstände, als: 1 Waschtisch, 1 Nähtisch, 1 Kleidersekretär, 1 Kommode mit Aufsatz, 1 Regulator und 3 Bilder
meistbietend gegen sofortige Bezahlung versteigert werden.

Schneeberg, den 5. Februar 1894.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

März.

Bekanntmachung.

Die Grabsteine vor 1. Termin 1894 ist bis längstens

Tagesgeschichte.

Schneeberg, am 4. Februar.

Wochenblatt.

Wie die Thatache der Annäherung zwischen Kaiser und Kanzler einen Sturm jubelnder Begeisterung erweckte, so hat auch die Auffassung, welche sie bei den Bevölkerungen und bei allen Organen des öffentlichen Lebens fand, in allen Theilen Deutschlands große Genugthuung hervorgerufen. Ganz besonders war das der Fall in Betreff des Kaiserlichen Dant-Erlasses im "Reichsanzeiger", in welchem es hieß: "Eine innige Besiedigung gewährte es mir, aus denselben wahrzunehmen, wie die von allen patriotisch fühlenden Herzen Meinem Frete entgegengebrachte freudige Theilnahme durch den mir gewordenen Besuch des um Kaiser und Reich so hochverdienten Staatsmannes noch eine besondere Steigerung erfahren hat." Weniger waren die Unbesangenen mit dem Danke einverstanden, den der großmuthige Sinn des Kaisers auch der Berliner Stadtverwaltung widmete, obgleich diese am 26. Januar dreister Weise ihr Rathaus von der Besiegung der öffentlichen Gebäude ausgeschlossen und auch am Allerhöchsten Geburtstage selbst die äußeren Zeichen der Freude und Schreiberung auf das allernothwendigste Maß beschränkt hatte. Wenn darin eine Kritik der von der ganzen Nation bejubelten edlen Handlungswise des Kaisers liegen sollte, so verdienten die Väter der Residenzstadt ihres Ehrenamtes entbunden zu werden.

Der Deutsche Reichstag hat nach dreitägiger Debatte die Finanzreformvorlage an die Steuerkommission verwiesen. Ob sie aus dieser Versetzung wieder auftauchen wird, ist sehr zweifelhaft. Aber wenn auch nicht, die Vorlage wird ja wiederkommen, wie Miquel sagt. Durch seine höchst gewandte Vertheidigung, sowie durch die verständige Parteinahe der Konservativen und Nationalliberalen ist die Nothwendigkeit einer beständigeren Gestaltung des finanziellen Verhältnisses zwischen dem Reich und den Einzelstaaten mit solchem Nachdruck dargelegt worden, daß das Problem nicht einfach bei Seite geschoben werden kann, daß es vielmehr die Zukunft unserer inneren Entwicklung in bedeutamer Weise beherrschen wird. Im Deutschen Reichstage regieren — Gott sei es gelagt! — zur Zeit allerdings noch diejenigen, welche der scharfe Blick Bismarcks als Reichsfeinde bezeichnete: Die Vertreter der schwarzen, goldenen und rothen Internationale. Und das soll ein deutsches Parlament sein! Dieser höchst pflichtstreife Reichstag mußte am Donnerstag nach der 3. Sitzung des Unterhützungswohnsitz-Gesetzes wegen Beschußunfähigkeit die begonnene Abstimmung aufgeben und wegen gänzlichen Mangels an Besserungsaussichten die Sitzungen bis zum Montag suspendieren!

Die englische "Wall Wall Gazette" brachte vor einigen Tagen die Nachricht, Gladstone trage sich mit Rücktrittsbedenken. Einfältig genug wäre das bei dem hohen Alter des Premiers, wenn man nicht wüßte, wie zähe der grand old man stets an dem Ministerstuhl gebliebt hat. Aber es kann die Überzeugung dazu kommen, daß die Homeerule-

bill unrettbar verloren und ein Sturm gegen das Oberhaus vergeblich ist. Gladstone könnte mit seinen Unternehmungen gegen die konservativen Gewohnheiten der englischen Nation wiederum den Kürzeren ziehen; und das möchte er vielleicht aktiv nicht gerne erleben. Tritt er aber freiwillig von der Bühne zurück, so werden noch die Klagen derjenigen seinem Herzen wohl thun, die ihn morgen wohl schon fallen lassen.

Den jungen Phaidren von Egypten haben die Engländer gründlich gegen sich einzunehmen gewußt. Vielleicht ist das Absicht, um einen längeren und vermehrten Druck auf das Pharaoland ausüben zu können. Jetzt ist Abbas Pascha zum zweiten Male schon zu einer Art Abbitte gezwungen worden, diesmal gegen den kommandirenden englischen General Kitchener, weil er, Abbas, dies und jenes in der egyptischen Armee getadelt hatte. Man mußte denken, der Tadel sei ganz ungerecht, formlos und gegen die Leistungen der englischen Offiziere gerichtet gewesen. Das scheint aber nach den Darstellungen egyptischer Blätter gar nicht der Fall gewesen, und neben allgemeinem, reichen Lob, nur eine Monirung eines Spezialfalles vorgekommen zu sein. Wenn England seine Absichten nicht besser verfüllt, so wird es sich nicht wundern dürfen, wenn andere Mächte sich von der Nothwendigkeit einer längeren Besetzung Egyptens sich nicht mehr überzeugen lassen.

Das zollpolitische Verhältniß zwischen Belgien und Frankreich hat sich letzter Tage immer feindlicher gestaltet. Frankreich hat seit Ablauf der letzten provisorischen Vereinbarung gegen zahlreiche belgische Erzeugnisse Zölle von gedeckt prohbittivem Charakter verhängt, obwohl Belgien bisher dazu keinen Anlaß gegeben hatte. Nun aber mehrere sich die Stimmen in Belgien selbst, welche von der dortigen Regierung die Ergreifung von Repressalien, die Verhängung von Retortions- und Kampfzöllen dringlichst fordern. Und das belgische Ministerium zeigt sich neuestens sehr geneigt, diesem formell wie sachlich leicht begreiflichen Wunsche der belgischen Producenten zu entsprechen. Nach den letzten Meldungen scheint der Ausbruch des Zollkrieges zwischen Frankreich und Belgien nur mehr eine Frage für ziemlich bald zu sein. Die politischen und wirtschaftlichen Sympathien Belgiens für Frankreich haben eben immer mehr abgenommen, auch die lezte nordfranzösische Belagertheit hat dies erheblich mitverursacht. Zwischen Belgien und Frankreich besteht heute keine Vereinbarung zollpolitischer Inhalts und somit ist Belgien tatsächlich in der Lage, in den Kampf, welcher ihm von Frankreichs Hochschutz-Zoll-Regime so leicht hin ausgedrangt wird, mit gleichen Waffen einzutreten. Frankreich wird dann sein Zollkriegsterrain von der Schweiz auch auf Belgien ausdehnen. Für die deutschen Ausfuhrinteressen wäre dies von höchster Bedeutung, wir könnten mit vielen Artikeln in Belgien an Stelle Frankreichs und dort wieder an Stelle Belgiens eintreten. Der wirtschaftspolitische Chauvinismus Frankreichs würde somit auch in dieser Hinsicht wieder einmal sitzen — Deutschland arbeiten.

Das französische Ministerium hat die Interpellation Lockroy über die Marine mit Nachdruck zurückgeschlagen.

Es siegte über seine radikalen Gegner mit 356

bei Vermeidung sofortiger Zwangsbeitreibung an die hiesige Stadtvereinigung abzuführen.
Schneeberg, am 30. Januar 1894.

Der Stadtrath.

Dr. von Woydt.

Schwarzenberg Die unten 24. Juni 1879 getroffene Bestimmung, daß die Annahme von Biekhändern zu Vermeidung einer Geldstrafe von 10 Mark nicht ohne städtische Erlaubnis erfolgen darf und die Pflege und Behandlung der Biekhänder einer fortgesetzten polizeilichen Beaufsichtigung unterstellt ist, wird hierdurch zur Nachachtung mit der Aufforderung in Erinnerung gebracht, die polizeiliche Anmeldung etwa noch nicht gemeldeter Bieh- und Pflegeländer unverzüglich zu bewirken.

Schwarzenberg, am 3. Februar 1894.

Der Stadtrath.

Gareis.

Die Anmeldung

der Ostern d. 3. schulpflichtigen Kinder des Schulbezirks Auerhammer soll Donnerstag, d. 8. d. W., nachmittags 4 Uhr im Klassenzimmer I hies. Schule erfolgen. Beizubringen sind Impfschein und von außerhalb des Schulbezirks geborenen Kindern auch Geburts- und Taufschein.

Auerhammer, d. 5. Februar 1894.

W. S. Jahn, dirig. Lehrer.

gegen 160 Stimmen. Aber diese Abstimmung betrifft ein Vertrauensvotum; und Vertrauensvota sind erfahrungsmäßig sehr gefährliche Spielzeuge, selbst für die stärksten Ministerien.

Der Kaiser von Russland hat eine ziemlich starke Lungenentzündung durchgemacht; die recht hohe Temperatur ist aber schon seit einigen Tagen auf den normalen Stand zurückgegangen. Auch die übrigen Krankheitssymptome sind im Verschwinden begriffen.

Die Prinzessin von Bulgarien hat am Dienstag früh ihr Volk mit einem Stammhalter beschenkt. Die Freude im Fürstenthum ist laut, allgemein und unverfälscht.

Von den 356 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses der Vereinigten Staaten haben 203 für und 140 gegen den neuen Zolltarif gestimmt. Der neue Zolltarif hat im großen Ganzen einen fiskalischen Anstreich. Doch mußte bei der Abstimmung einer Reihe von verbündeten Einzelinteressen Rechnung getragen werden, sollte das Werk dauerhaft werden, sobald es in manchen wesentlichen Punkten einen Compromiß mit den Schutzzöllen darstellt. Die Hauptmerkmale des neuen Tarifs sind folgende: 1. werden die Zollsätze, die in dem Mac Kinley-Gesetz u. a. bis 80 Prozent vom Wert für Metallwaren und 91 Proc. für Wollwaren angelegt waren, im allgemeinen bis höchstens 45 Prozent vom Wertge gehn, wobei gewisse Rohstoffe, wie Steinkohle, Eisen, Wolle (leichter nicht sofort, sondern vom 1. August an), Holz, gänzlich zollfrei erklärt werden; 2. werden zur Erleichterung des Verkehrs zahlreiche Wettzölle durch Schutzzölle erlegt und in dieser Richtung ist auch die Aufhebung des Mac Kinleyschen Zollregulativs von Bedeutung, dessen Forderungen die Einfuhr nicht wenig erschweren. Waren wegen des Vereinigung des Einkommensteuer mit dem Zolltarifplan Besorgnisse für die Annahme des letztgenannten durch das Abgeordnetenhaus laut geworden, so läßt der schließlich erzielte Sieg der Demokraten und der Druck der öffentlichen Meinung nun doch das Beste hoffen für das Schicksal des Zolltarifs im Senat, wo gegenwärtig 44 Demokraten mit 3 Volksparteiern den 38 Republikanern gegenüberstehen. Freilich wird die Beratung im Oberhause, wo die Vertreter der Sonderinteressen auf der republikanischen Seite in Erwartung eines Schlusszwanges durch die Geschäftsordnung Wochen und Wochenlang reden werden, sich noch sehr weit ins Frühjahr hinziehen, indes erwartet man auch in diesem Hause die Annahme des Zolltarifs, wenn auch mit knapper Mehrheit, nicht aber auch die Annahme der Einkommensteuer. Und kann es vom politischen Standpunkt aus gleichgültig sein, wie die Vereinigten Staaten den Ausfall decken, den ihre Bundeskennnahmen durch die neue Zollpolitik erleiden werden.

Deutschland.

— Aus Berlin schreibt ein Berichterstatter der "W. R. R.": In parlamentarischen Kreisen gibt man sich vielfach der Annahme hin, daß es fraglich sei, ob die Steuergesetze — abgesehen von der Stempelsteuer — aus den Kommissionen überhaupt noch an das Plenum gelangen würden. Selbstverständlich würde die gegenwärtige Tagung des Reichstages damit eine zur Zeit ganz unabsehbare